radioaktiver Abfälle

Zusätzlich lagert noch etwa ein Drittel der insgesamt anfallenden bestrahlten Brennelemente (in Tonnen Schwermetall[1]) in den Nasslagern der Atomkraftwerke oder sie werden erst noch durch den Weiterbetrieb der Atomkraftwerke bis zum 31.12.2022 produziert.

Die Genehmigung für die Zwischenlager ist jeweils auf 40 Jahre begrenzt. Für das Zwischenlager Gorleben endet sie am 31.12.2034, für das Zwischenlager Ahaus am 31.12.2036 und für das Zwischenlager Lubmin am 31.10.2039. Die Genehmigungen für die Standortzwischenlager laufen zwischen 2042 und 2047 aus. Auch die Genehmigung jedes einzelnen Lagerbehälters ist auf 40 Jahre begrenzt. Selbst 2047 wird jedoch auch nach den zuversichtlichsten Prognosen kein tiefengeologisches Atommülllager in Betrieb sein.

Durchwursteln beenden – Längerfristige Zwischenlagerung als Fakt

Seit Beginn der Atomenergienutzung weigern sich Betreiber und Staat, die sichere, dauerhafte Lagerung bestrahlter Brennelemente und radioaktiver Abfälle als Problem anzusehen und konzeptionell anzugehen. Stattdessen findet ein Durchwursteln von Übergangslösung zu Übergangslösung statt, gepaart mit haltlosen Versprechungen gegenüber der örtlichen Bevölkerung. Nach der Entscheidung 1979 gegen eine Wiederaufarbeitungsanlage in Gorleben sollten als „Übergangslösung“ zentrale Zwischenlager in Ahaus und Gorleben dienen. Aufgrund der Probleme, welche die Durchsetzung der Castor-Transporte in die zentralen Zwischenlager Ahaus und vor allem Gorleben mit sich brachten, wurden in den 2000er Jahren weitere zwölf Zwischenlager an den AKW-Standorten errichtet mit der Zusage, „nur die Brennelemente aus den jeweiligen Atomkraftwerken für höchstens 40 Jahre“ aufnehmen zu müssen. Dementsprechend beziehen sich auch die Untersuchungen und Sicherheitsnachweise für Behälter und Lagerung an allen Standorten nur auf einen Zeitraum von 40 Jahren. Dies ist auch so im Atomgesetz geregelt.

Längst ist klar, dass die Einlagerung hochradioaktiver Abfälle in tiefengeologische Lager oder andere mögliche Alternativen auch nach dem ambitioniertesten Zeitplan noch nicht begonnen, geschweige denn abgeschlossen sein wird, wenn die Zwischenlagergenehmigungen auslaufen werden. Damit ist schon jetzt absehbar, dass das bisher in Deutschland verfolgte Konzept der Zwischenlagerung hochradioaktiven Mülls, das für 40 Jahre vorgesehen war, gescheitert ist. Neue Konzepte für eine längerfristige Zwischenlagerung sind dringend erforderlich, damit diese noch bei der Neugenehmigung des Lagers in Lubmin und vor dem Auslaufen der Genehmigungen für die Zwischenlager in Gorleben (2034) sowie Ahaus (2036) umgesetzt sein können.

Doch die Bundesregierung will auch dieses Problem aussitzen. Laut Nationalem Entsorgungsprogramm (NaPro) werden „die technischen Voraussetzungen für eine verlängerte Aufbewahrung“ in den derzeitigen Zwischenlagern untersucht. Nach der Entscheidung für einen Standort für ein tiefengeologisches Lager hoffen die Verantwortlichen, sich mit einem zentralen Eingangslager am dann beschlossenen Standort über die Zeit retten zu können. Tatsächlich treten jedoch bereits jetzt in der ersten Phase der

CESOPEs Anti-Uran-Kämpfe in Tansania

NukeNews Uranabbau ist ein Vorgang mit langfristigen negativen Folgen. Seit 2008 tritt CESOPE mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen gegen Uranabbau in der Bahi-Dodoma-Region, Manyoni-Singida-Region und der Namtumbo-Songea-Region ein und versucht, Bewusstsein bei den Gemeinschaften zu schaffen, die vom Uranabbau betroffen sein werden. CESOPE hat auch Entscheidungsfindungsorgane und Einflusskanäle auf verschiedenen nationalen und internationalen Ebenen beeinflussen können. Folgender Report liefert einen Überblick über die Ergebnisse, die im Jahr 2018 erreicht werden konnten.

http://www.nuclear-heritage.net/index.php/CESOPE%27s_anti-uranium_struggles_in_Tanzania

Russische Atommüllprobleme und Herausforderungen

NukeNews Russland ist eines der wenigen Länder der Welt mit einer kompletten Atom-Kette (inklusive Uranabbau, Urananreicherung, Brennelementeherstellung, Atomkraftwerke, U-Boote, Eisbrecher, Atomwaffen, Wiederaufarbeitungsanlagen, Atommüll-Management etc.). Atommüll wird an jedem Schritt der Kette produziert. Aus historischen Gründen (starke Verbindung zum Militär) und wegen der derzeitigen politischen Situation (mangelnde Redefreiheit, mangelnde Vereinigungsfreiheit, Schikane von Umweltschützer*innen) sind die Möglichkeiten der Zivilgesellschaft eingeschränkt – sowohl beim Zugang zu Informationen als auch bei der öffentlichen Beteiligung an der Entscheidungsfindung.

http://www.nuclear-heritage.net/index.php/Russian_radioactive_waste_issues_and_challenges